

Bund-Länder-Gipfel: Merkel wollte mehr

Berlin. Die Taktik überraschte dann sogar eingefleischte Merkel-Gefährten: Am Dienstag hatte die Kanzlerin den 1. März als neuen Termin für eine Lockdown-Verlängerung festgelegt, am Mittwoch den 14. März. Dies wäre die völlige Erschöpfung des Infektionsschutzgesetzes, wonach Entscheidungen in vierwöchigen Schritten getroffen werden können. Und eine Überschneidung mit einem wichtigen Datum: An diesem Sonntag finden in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Landtagswahlen statt, der Auftakt zum Superwahljahr 2021. Die Regierungschefs rebellierten, weil im Falle einer Sperrung bis zum 14. März eine Konferenz der Ministerpräsidenten (MPK) am 10. März – mitten im letzten Wahlkampf in zwei Ländern – neue Entscheidungen treffen musste. Das wollten …



News

Berlin. Die Taktik überraschte dann sogar eingefleischte Merkel-Gefährten: Am Dienstag hatte die Kanzlerin den 1. März als neuen Termin für eine Lockdown-Verlängerung festgelegt, am Mittwoch den 14. März. Dies wäre die völlige Erschöpfung des Infektionsschutzgesetzes, wonach Entscheidungen in

vierwöchigen Schritten getroffen werden können. Und eine Überschneidung mit einem wichtigen Datum: An diesem Sonntag finden in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Landtagswahlen statt, der Auftakt zum Superwahljahr 2021.

Die Regierungschefs rebellierten, weil im Falle einer Sperrung bis zum 14. März eine Konferenz der Ministerpräsidenten (MPK) am 10. März – mitten im letzten Wahlkampf in zwei Ländern – neue Entscheidungen treffen musste. Das wollten sie vermeiden. Ihr Vorschlag: eine Sperrverlängerung von drei Wochen bis zum 7. März.

Dann haben wir Verhandlungen mit der Bundeskanzlerin aufgenommen. Dies kam am Abend heraus: Die Sperrung wird bis zum 7. März verlängert, ein neuer MPK wird für den 3. März geplant. Schulen und Kindertagesstätten können früher öffnen. Die Länder haben hier jetzt völlig freie Hand.

Video

Lindner: Flat Lockdown Extension nicht verhältnismäßig

Darüber hinaus hätte die Bundesregierung im Bundestag die Grundzüge ihrer Politik erläutern müssen, sagte FDP-Chef Christian Lindner. © Reuters

Für Friseure wurde eine spezielle Route eingeschlagen. Sie dürfen ab dem 1. März wieder öffnen, da viele Menschen, insbesondere ältere Menschen, aus hygienischen Gründen auf sie angewiesen sind: nicht nur Haare schneiden, sondern auch Haare waschen.

Merkel: Ich habe kein Vetorecht

In einer Pressekonferenz mit dem MPK-Vorsitzenden, dem Berliner Bürgermeister Michael Müller (SPD) und dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) war selten so klar wie diesmal, dass sie sich mehr gewünscht hätte.

„Ich hatte bestimmte eigene Ideen“, sagte sie und bezog sich auf die Kindertagesstätten und Schulen, die sie gerne mindestens bis zum 1. März geschlossen hätte. Aber das ist eine Frage des Landes. „Es gibt sehr klare Länderverantwortlichkeiten. Es ist nicht möglich, dass ich mich als Bundeskanzler behaupten kann, als hätte ich ein Vetorecht. „Aber sie würde es mögen.

Merkel hätte die Botschaft vorgezogen, dass Deutschland, einschließlich der Kinder und Schulkinder, noch eine Weile eng beieinander bleiben würde. In einigen Bundesländern sind die Schulen jedoch bereits wieder geöffnet. In Niedersachsen beispielsweise haben andere Bundesländer Eröffnungsschritte ausgearbeitet.

Die Mutation des Virus beunruhigt Merkel am meisten: „Wir wissen, dass diese Mutation Realität ist und zunehmen wird. (...) Deshalb wurde eine dritte Welle geschaffen, gegen die wir kämpfen müssen. „Das mutierte Virus hat bereits die Oberhand gewonnen.“ Wir müssen mit dem neuen Virus leben. „

Überraschend: Für die nächsten Eröffnungsschritte wird keine siebentägige Inzidenz von weniger als 50 mehr angenommen, sondern nur von weniger als 35 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner. Dies hat mit der Mutation des Virus zu tun. Die Zahl der Neuinfektionen mit Corona nimmt ab, aber der Anteil der durch mutierte Viren verursachten Infektionen nimmt zu. Je geringer die Inzidenz ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass keine dritte Welle durch Mutanten verursacht wird.

Ein wunder Punkt für Merkel ist: Beim MPK am 19. Januar wurde eine Eröffnungsstrategie versprochen. Es wurde nicht vorgestellt. Stattdessen heißt es: Bund und Länder werden weiter an der Entwicklung der nächsten Schritte arbeiten, um Bürgern und Unternehmen Planungsperspektiven zu geben. Dies

sollte Zeit sparen und vielleicht wird die Strategie umgesetzt, wenn die Sperre ohnehin im März aufgehoben wird, hieß es in Verhandlungskreisen. Merkel sagte, es sei zu früh für eine längerfristige Eröffnungsstrategie.

Video

Bund und Länder verlängern die Sperrung bis zum 7. März

Die Wiedereröffnung von Schulen und Kindertagesstätten bleibt laut Bundeskanzlerin Angela Merkel Sache der Bundesländer. © Reuters

Länder haben bereits Eröffnungspläne

Wenn es darum geht, was wann und wie geöffnet werden kann oder soll, sind die Bundesländer weiter als die Bundesregierung. Zwischen Ende Januar und dieser Woche präsentierten mehrere Länder unterschiedliche Modelle. Grundprinzip der Pläne: Je nach Infektion werden einzelne Bereiche geöffnet oder wieder geschlossen. Zunächst hat Schleswig-Holstein in vier Phasen einen „Perspektivenplan“ ausgearbeitet.

Niedersachsen folgte mit seinem Schritt-für-Schritt-Plan 2.0, der sechs Kategorien von nur zehn Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in sieben Tagen bis zu mehr als 200 umfasst. Von Fahrgemeinschaften bis hin zu Theaterbesuchen ist alles geregelt.

Thüringen basiert auf Schleswig-Holstein und Niedersachsen mit seinem Plan und schlägt auch sechs Stufen vor. Nordrhein-Westfalen befürwortet wiederum fünf Phasen, darunter eine Corona-Notbremse, die eine harte Blockierung bedeutet. Berlin hingegen bietet drei Cluster für die schrittweise Rückkehr zum öffentlichen Leben. Eine bunte Mischung aus Vorschlägen.

„Die Bundesregierung hat vor den Bundesländern kapituliert, wenn es um Schulen und Kindertagesstätten geht“, sagte die Vorsitzende der Gewerkschaft für Bildung und Wissenschaft (GEW), Marlis Tepe, vom Redaktionsnetzwerk Deutschland

(RND). „Das ist ein schlechtes Zeichen.“

Die GEW begrüßt jedoch ausdrücklich, „dass offenbar auf Merkels Initiative geprüft werden soll, ob Lehrer und Erzieher früher geimpft und auf die zweite Prioritätsstufe für Impfungen gebracht werden sollen“, sagte Tepe. „Dieser Test muss jetzt schnell abgeschlossen sein.“

Der Deutsche Bezirksverband forderte, dass weitere Eröffnungsschritte rasch unternommen werden, beispielsweise die Aufhebung der strengen Kontaktbeschränkungen. „Die fortgesetzte Sperrung hängt mit der Akzeptanz und dem Vertrauen der Menschen zusammen. Dies ist ein wichtiger Punkt. Daher sollten wir neben der Eröffnung von Schulen und Friseuren so schnell wie möglich die sehr enge Kontaktbeschränkung für eine Person außerhalb unseres eigenen Haushalts aufgeben“, sagt der Präsident der Bezirksversammlung, Bezirksverwalter Reinhard Sager, RND. „Wir begrüßen die Tatsache, dass sich Bund und Länder auf einzelne Schritte zur Öffnung geeinigt haben. Der spürbare Rückgang der Infektionszahlen eröffnet die Möglichkeit, die Situation zu verbessern. Dafür ist es wichtig, dass Bund und Länder weitere Eröffnungsschritte schnell koordinieren“, fuhr Sager fort.

Kubicki spricht von einem Verstoß gegen das Gesetz

Der stellvertretende FDP-Vorsitzende und Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Kubicki äußerte scharfe Kritik an den Resolutionen. Er beschuldigte den Premierminister und den Kanzler, gegen das Gesetz verstoßen zu haben, und warnte vor Klagen. „Es ist unverantwortlich und ein offener Verstoß gegen das Gesetz, dass wir die von der MPK eingeführten Maßnahmen für eine Inzidenz von 200 nahezu unverändert bis zum Inzidenzwert von 35 beibehalten“, sagte Kubicki gegenüber dem RND.

Die verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten seien „völlig unter die Räder geraten“, so der FDP-Politiker weiter. „Die Tatsache, dass die MPK plötzlich über die Reihenfolge der Impfungen entscheiden sollte, ist offensichtlich verfassungswidrig. Dies gehört eindeutig zur Zuständigkeit des Bundestages“, sagte Kubicki. Er fügte hinzu: „Und die Tatsache, dass die im Infektionsschutzgesetz verankerten Inzidenzschwellen plötzlich

keine Rolle mehr spielen, zeigt eine Unkenntnis des Gesetzgebers, die sicherlich zu Rechtsstreitigkeiten führen wird.“

Inspiziert vom LVZ Newsticker -> Zum kompletten Artikel

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de